

Einstimmiger Beschluss:

Der Personal- und Finanzausschuss beschließt die nachfolgende

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Annahme der Niederschrift über die Sitzung des Personal- und Finanzausschusses am 13.11.2017 (öffentlicher Teil)
- 2 Zuschuss an den Demenz-Verein im Köllertal e.V. für das Jahr 2018
Vorlage: BV/0136/17
- 3 Mitteilungen und Verschiedenes

Nichtöffentlicher Teil

- 4 Annahme der Niederschrift über die Sitzung des Personal- und Finanzausschusses am 13.11.2017 (nichtöffentlicher Teil)
- 5 Personalangelegenheiten
- 6 Niederschlagung von Gewerbesteuern
Vorlage: BV/0125/17
- 7 Ergänzung der Nutzungs- und Entgeltordnung für gemeindeeigene Einrichtungen und gemeindeeigenes Mobiliar vom 01. Januar 2017 bis 31. Dezember 2018
Vorlage: BV/0131/17
- 8 Mitteilungen und Verschiedenes

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

- zu 1 Annahme der Niederschrift über die Sitzung des Personal- und Finanzausschusses am 13.11.2017 (öffentlicher Teil)**

Einstimmiger Beschluss bei 1 Enthaltung (1 SPD):

Die Niederschrift über die Sitzung des Personal- und Finanzausschusses am 13.11.2017 (öffentlicher Teil) wird in der vorliegenden Fassung angenommen.

zu 2

Zuschuss an den Demenz-Verein im Köllertal e.V. für das Jahr 2018

Vorlage: BV/0136/17

Der Vorsitzende teilt mit, dass es 2018 Probleme mit der Finanzierung des Demenz-Vereins geben würde, weil sich bestimmte Richtlinien geändert hätten. Der Verein kümmere sich um das Bewusstsein der Öffentlichkeit für Demenzerkrankungen und führe in Heusweiler, Püttlingen und Riegelsberg Beratungen durch. Der Demenz-Verein habe bisher eine Förderung von 30.000 € erhalten. Auf Grund geänderter rechtlicher Voraussetzungen würde die Förderung für 2018 nur noch 15.000 € betragen. Man gehe aber davon aus, dass es künftig mehr Beratungsfälle geben wird, sodass ab 2019 wieder eine höhere Förderung möglich sei. Der Verein habe nun angefragt, ob zumindest für 2018 ein Zuschuss gewährt werden könnte. Das Ministerium habe mitgeteilt, dass es noch zusätzliche Möglichkeiten gebe, den fehlenden Betrag auszugleichen und auch der Regionalverband wolle nochmal auf die Suche nach zusätzlichen Mitteln gehen, sodass die drei Köllertalkommunen möglicherweise einen Betrag von 5.000 € aufbringen müssten. Die drei Bürgermeister hätten sich nun dahin verständigt, dass man sich eine einmalige Zahlung vorstellen könne. Es sei eine außerplanmäßige Ausgabe, über die der Vorsitzende laut Geschäftsordnung entscheiden dürfe. Dennoch wolle er den Rat über den Sachverhalt informieren, weil es sein könne, dass eine längerfristige Förderung notwendig wäre. Dann müsse das Thema in den Haushaltsberatungen besprochen werden.

Die genaue Zuschusshöhe sei noch nicht bekannt, so der Vorsitzende. Es sei nicht ganz einfach, da es sich um eine nicht vorgesehene Zahlung handle und der Doppelhaushalt bereits beschlossen sei. Auch sei man Sanierungskommune. Der Verein sei aber für ältere Menschen und Betroffene selbst, deren Angehörige und Pflegepersonal etc. durchaus eine sinnvolle Sache. Man wolle sich dem nicht verschließen.

Bei 5.000 € Zuschuss insgesamt müsse Heusweiler ca. 1.700 € stemmen, erklärt der Vorsitzende. Er selbst sei der Ansicht, einen einmaligen Zuschuss sollte man auf jeden Fall leisten. Über eine längerfristige Förderung oder einen wesentlich höheren Zuschuss für 2018 müsse man nochmals abstimmen.

Herr Manfred Schmidt erklärt, als CDU-Fraktion habe man kein Problem mit einer einmaligen Zahlung für 2018. Wegen der weiteren Finanzierung ab 2019 möchte er darauf verweisen, dass es freiwillige Ausgaben seien. Als Sanierungskommune müsse man genau beraten, was man in Zukunft tue, ob man den Zuschuss weiterhin aufbringen könne. Das Ganze hänge noch in der Schwebe. Für den Moment sei es eine gute Sache, aber für die Zukunft werde man über eine weitere Förderung nachdenken müssen.

Herr Krebs stimmt den Ausführungen von Herrn Schmidt weitestgehend zu. Eine längerfristige Förderung der Gemeinde sollte man in Ruhe abwägen. Er selbst kenne die Problematik aus der Familie und möchte die Arbeit des Vereins in keiner Weise geringschätzen.

Der Vorsitzende erklärt, der Antrag des Demenz-Vereins habe einen Maßnahmenkatalog enthalten, aus dem genau ersichtlich sei, wo der Verein was durchführe. Die Beratungsangebote würden offenbar gut genutzt.

Herr Pörtner meint, in der Vorlage seien einige Unwägbarkeiten enthalten. Ob Land und Regionalverband noch andere Mittel aufreiben können, sei fraglich. Auch sei nicht klar, ob die Mittel durch steigende Beratungsfälle erhöht werden können. Auf der anderen Seite sei es eine wichtige Sache. Die SPD-Fraktion würde einem einmaligen Zuschuss zustimmen; wenn es eine dauerhafte Förderung werden solle, müsse man dies in die Haushaltsberatungen aufnehmen.

Der Vorsitzende will den Rat über die genaue Höhe informieren, sobald sie feststehe.

Herr Hill möchte wissen, ob es die Probleme bei den Vereinen landesweit gebe oder nur im Regionalverband. Der Vorsitzende erklärt, die gesetzlichen Rahmenbedingungen hätten sich wohl landesweit geändert, ob es überall Probleme gebe, könne er nicht sagen.

Herr Hill regt an, beim Ministerium nachzufragen, was es zu tun gedenkt.

Einstimmiger Beschluss:

Der Tagesordnungspunkt wird zur Kenntnis genommen.

zu 3 Mitteilungen und Verschiedenes

zu 3.1 Defekte Straßenlaternen

Herr Krebs erinnert an die zwei defekte Straßenlaternen in der Mühlenstraße an der Brücke und am Fußgängerüberweg über die Völklinger Straße neben der Einmündung in die Paul-Theresia-Straße. Darauf habe er in der Sitzung vor drei Wochen bereits hingewiesen. Er möchte wissen, ob dies an energis weitergemeldet wurde, was der Vorsitzende bestätigt. Herr Krebs bringt seinen Unmut zum Ausdruck; man zahle viel Geld an energis, da könne man erwarten, dass grade in der dunklen Jahreszeit nach drei Wochen was passiere.

Der Vorsitzende stimmt zu, er will nochmals bei energis nachhaken.

zu 3.2 Vertrag energis

Weil der Vertrag mit energis bald auslaufe, regt Herr Zimmer an, sich zeitnah um andere Lösungen zu bemühen. Es seien immense Kosten; eventuell könne man das Thema im Rahmen der IKZ mit den anderen beiden Kommunen zusammen angehen und z.B. selbst einen Elektromeister einstellen. Die Arbeit mit energis sei nicht wirklich zufriedenstellend. Er bittet den Vorsitzenden darüber nachzudenken, das Thema mit in die Bürgermeisterbesprechung zu nehmen.

Herr Flätgen erklärt, die Verwaltung arbeite bereits daran und man wolle den zuständigen Ausschuss im Frühjahr zu dem Thema einladen.

Herr Krebs bittet noch um Übermittlung des Vertrages.